

[KON]KLUSIO

# Die letzte Regierung vor 2030:

# Koalitionen im Klimacheck

# Inhaltsverzeichnis

|   |           |
|---|-----------|
| <b>1. Einleitung – Die letzte Regierung vor 2030</b>                | <b>3</b>  |
| <b>2. Die entscheidenden klimapolitischen Themen im Parteicheck</b> | <b>5</b>  |
| ■ Klimaneutralität bis 2040 verbindlich festlegen                   | 5         |
| ■ Von fossiler auf erneuerbare Energie umsteigen                    | 6         |
| ■ Ökologisierung der Wirtschaft vorantreiben                        | 7         |
| ■ CO <sub>2</sub> -Bepreisung fortführen                            | 8         |
| ■ Klimaschädliche Subventionen abschaffen                           | 9         |
| ■ Elektromobilität vorrangig ausbauen                               | 10        |
| <b>3. Klimapolitik in verschiedenen Koalitionsvarianten</b>         | <b>11</b> |
| <b>4. Fazit</b>   | <b>13</b> |

## 1. Einleitung – Die letzte Regierung vor 2030

Am 29. September wählen über 6,3 Millionen Österreicher:innen die Abgeordneten zum Nationalrat und die Bildung einer neuen Bundesregierung beginnt. Damit wird der Grundstein für die politische Ausrichtung der nächsten fünf Jahre gelegt. Ambitionierte und wirksame Klimapolitik ist dabei wichtiger denn je. Erst im August hat die aktuelle Regierung den neuen Nationalen Energie- und Klimaplan vorgelegt (BMK, 2024). Laut Berechnungen des Umweltbundesamtes wird damit zum ersten Mal die Erreichung des EU-Ziels einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 48 Prozent bis 2030 möglich. 2030 ist klimapolitisch das Jahr der Abrechnung. Die nächste Regierung wird die Weichen für eine Ökologisierung der Gesellschaft und Wirtschaft stellen – oder diesen notwendigen Umbau versäumen.

Klimapolitik ist deshalb für die nächste Legislaturperiode ausschlaggebend. Zum einen nimmt der Umbau der Wirtschaft in verschiedenen Industrienationen (wie den USA oder China) deutlich an Fahrt auf. Zukunftsfähigen Wirtschafts- und Industriezweigen kommt mehr Bedeutung zu, Absatz- und Investitionszahlen von erneuerbaren Energieträgern und Zukunftstechnologien steigen rasant (Pixner & Maringer, 2024). Zum anderen zeigen sich die Folgen der Klimakrise bereits jetzt merklich, auch in Österreich. Im Jahr 2024 gab es in den Landeshauptstädten doppelt so viele Hitzetage wie in einem durchschnittlichen Sommer und drei- bis viermal so viele Hitzetage wie eine Periode zuvor<sup>1</sup> (GeoSphere, 2024). Die österreichische Hagelversicherung nennt besonders starke Dürre-, Hagel- und Sturmschäden in Millionenhöhe als Folge der Klimakrise (HV, 2024). Auch Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse, wie der Starkregen und das verheerende Hochwasser Mitte September 2024, nehmen kontinuierlich zu (Das et al., 2021). Die zukünftig auftretenden Folgen der Klimakrise werden Österreich vor immer drastischere Herausforderungen stellen. Laut Köppl & Schratzenstaller (2024) belaufen sich die Kosten des klimapolitischen Nichthandelns für die öffentliche Hand bereits jetzt auf 5,4 bis 7 Milliarden Euro jährlich. Die Klimapolitik der nächsten Jahre definiert somit nicht nur den Weg in eine klimafreundliche Zukunft.

<sup>1</sup> Durchschnitt: 1991-2020; Periode zuvor: 1961-1990

Sie birgt auch großes Potenzial für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sicherheit.

**Bei welchen notwendigen klimapolitischen Maßnahmen gibt es Kontroversen unter den derzeitigen Parlamentsparteien? In welchen möglichen Regierungskoalitionen haben diese Maßnahmen eine Chance?**

Während sich für bestimmte Maßnahmen, wie z. B. den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, alle Parteien grundsätzlich aussprechen, wurden für die vorliegende [KON]KLUSIO sechs Themenfelder ausgewählt, die besonders unterschiedliche Haltungen zu klimarelevanten Themen aufzeigen. Die Analyse erlaubt eine Einschätzung der Klimapolitik der vier wahrscheinlichsten Koalitionsmöglichkeiten der kommenden Bundesregierung. Dazu wurden zunächst die jeweiligen Standpunkte der fünf im Nationalrat vertretenen Parteien anhand ihrer Wahlprogramme analysiert. Falls diese die klimapolitischen Standpunkte der jeweiligen Partei nicht offenlegen, wurden weitere öffentliche Statements als Quellen herangezogen.

Damit wurde die Ausrichtung zu folgenden Themen analysiert:

- Klimaneutralität bis 2040 verbindlich festlegen
- Von fossiler auf erneuerbare Energie umsteigen
- Ökologisierung der Wirtschaft vorantreiben
- CO<sub>2</sub>-Bepreisung fortführen
- Klimaschädliche Subventionen abschaffen
- Elektromobilität vorrangig ausbauen

Diese Themen zeigen nicht nur unterschiedliche klimapolitische Haltungen auf, sie wurden auch aufgrund ihrer Aktualität in der österreichischen Klimadebatte ausgewählt. Die Einordnungen pro Maßnahme lassen auch auf die klimapolitische Ausrichtung der wahrscheinlichsten Koalitionsvarianten schließen.

Für wirksame Klimapolitik braucht es eine Vielzahl an Maßnahmen, die in allen Sektoren und Bereichen mitgedacht werden müssen. Die vorliegende Analyse zeigt, dass dieses Thema jedoch nicht bei allen Parteien und möglichen Koalitionsvarianten ausreichend Platz findet. Die Relevanz des Themas Klimapolitik lässt sich schon auf den ersten Blick in den Wahlprogrammen erkennen. Die FPÖ spricht in ihrem Wahlprogramm nur von „Klimahysterie“ (2x), die ÖVP von Klimawandel (7x). SPÖ und NEOS sprechen abwechselnd von Klimawandel/Klimawende und Klimakrise, die NEOS dabei in vernachlässigbarem Ausmaß (SPÖ: 6x bzw. 7x; NEOS: jeweils 1x). Die Grünen verwenden überwiegend das Wort Klimakrise statt Klimawandel (28x vs. 12x). Die Analyse zeigt, dass auch abseits der benutzten Worte, die Zukunft der österreichischen Klimapolitik je nach Wahlergebnis und Regierungsbildung drastisch unterschiedliche Stellenwerte haben wird.

## 2. Die entscheidenden klimapolitischen Themen im Parteicheck

### Klimaneutralität bis 2040 verbindlich festlegen

Um die menschengemachte Klimakrise zu bekämpfen und ihre Folgen einzudämmen, ist es notwendig, von fossilen Energieträgern abzukommen und den Treibhausgas-Ausstoß maßgeblich zu reduzieren (Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC), 2023). Die Europäische Union hat deshalb festgelegt, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Bis 2030 sollen bereits um 55 Prozent weniger Treibhausgase im Vergleich zum Jahr 1990 emittiert werden,

in Österreich sind es um 48 Prozent weniger als im Jahr 2005 (BMK, 2024; Europäische Kommission, 2024). Um diese Ziele tatsächlich zu erreichen, braucht es nicht nur ein öffentliches Bekenntnis dazu, sondern eine gesetzliche Festlegung des Ziels und verbindliche Pfade dorthin. Zwar wurde im aktuellen Regierungsübereinkommen der ÖVP und Grünen Klimaneutralität bis 2040 als Ziel ausgewiesen (Bundeskanzleramt, 2020). Doch in der vergangenen Legislaturperiode kam kein neues Klimaschutzgesetz zustande, das konkrete Ziele für verschiedene Sektoren verbindlich festlegt.



Quelle: Wahlprogramme, Die Presse (2024), ORF (2022), ÖVP-Parteiprogramm (2015), SPÖ (2024), NEOS (n.d)

Die  
Volkspartei

**Die ÖVP bekennt sich zu den Pariser Klimazielen, stellt sich aber gegen verpflichtende nationale Pfade, um diese zu erreichen.** Im Wahlprogramm ist zwar das Bekenntnis zu den Zielen festgeschrieben, ein Klimaschutzgesetz braucht es aber laut [Karl Nehammer](#) dafür nicht. Im [Grundsatzprogramm](#) der ÖVP werden Klimaneutralität und -ziele nicht erwähnt.

SPÖ

**Die SPÖ bekennt sich zur Klimaneutralität 2040 und fordert ein Klimaschutzgesetz mit sozial gerechter Ausgestaltung.** Laut Wahlprogramm soll Klimaneutralität durch einen Klima-Investitionsfonds erreicht werden, auf ihrer [Website](#) wird ein Klimaschutzgesetz verlangt.

FPÖ

**Die FPÖ leugnet den menschengemachten Klimawandel und möchte weder den Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) noch die EU-Klimaziele einhalten.** Im Wahlprogramm wird von „Klimahysterie“ gesprochen, verschiedene Medienauftritte bestätigen Klimawandelleugnung.

DIE GRÜNEN  
GRÜNE AT

**Die Grünen bekennen sich zur Klimaneutralität bis 2040 und wollen ein Klimarahmengesetz.** Es soll klare Ziele und Vorgaben für alle Sektoren – mit Zuständigkeiten und Zeitplänen – enthalten. Das geht aus dem Wahlprogramm hervor.

NEOS

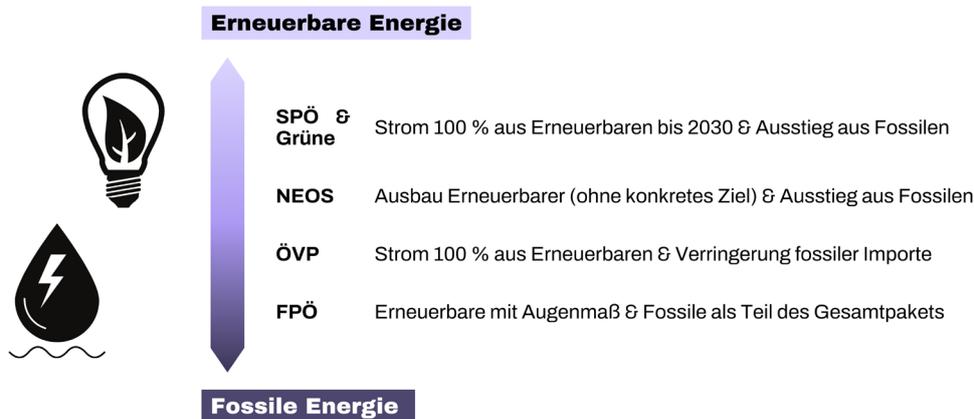
**Die NEOS fordern im Wahlprogramm ein jährliches Treibhausgasbudget, betonen das Ziel der Klimaneutralität aber nicht.** Laut einem eigenen [Klimaantrag](#) stehen sie jedoch für Klimaneutralität bis 2040 und wollen den Ausstoß von CO<sub>2</sub> jährlich limitieren.

## Von fossiler auf erneuerbare Energie umsteigen

Der Energiesektor hält mit 73 Prozent den höchsten Anteil an den österreichischen Treibhausgasemissionen. Der Übergang von Öl, Kohle und Gas hin zu erneuerbaren Energien ist deshalb zentral für die Ökologisierung (Umweltbundesamt, 2024). Neben den durch die Emissionen verursachten Klimaschäden, führt der Import fossiler Energien zu Wettbewerbsnachteilen und geopolitischer und ökonomischer Abhängigkeit (Pixner & Maringer, 2024). Zudem sind fossilen Energieträger ineffizient: Fast drei Viertel der eingesetzten Primärenergie geht bei der Umwandlung in nutzbare Energie verloren (Forman et al., 2016).

Erneuerbare Energien sind wesentlich effizienter.

Trotzdem machen erneuerbare Energien nur rund ein Drittel des österreichischen Endenergieverbrauchs aus (energie.gv.at, 2024). Die Internationale Energieagentur (2023) hält fest, dass für eine erfolgreiche Energiewende ein klares Bekenntnis der Regierung zum Ausstieg aus fossilen Energiequellen sowie eine effektive Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien entscheidend sind. Für die Umsetzung braucht es zudem konkrete Zielpfade für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen und des Netzes, Vorgaben für öffentliche Institutionen, Mindeststandards für die Energieeffizienz, verbindliche Flächenzonierungen sowie angemessene Budgetmittel.



Quelle: Wahlprogramme, WKO (2024), ORF (2024b)

Die  
Volkspartei

**Die ÖVP möchte fossile Importe reduzieren und Österreichs eigene Energieproduktion erhöhen.** Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren zu gewinnen, wird laut Parteiprogramm angestrebt. Das im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz anvisierte Zieldatum 2030 wird jedoch nicht erwähnt. Fossile Energien sollen reduziert werden, **russisches Gas** aber weiterhin importiert werden.

SPÖ

**Die SPÖ bekennt sich zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern und raschem Ausbau erneuerbarer Energien.** In ihrem Wahlprogramm betont die SPÖ den Ausbau von Wind- und Solarkraft, die Effizienzsteigerung von Wasserkraft sowie den Einstieg in erneuerbares Gas. Bis 2030 soll es 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren geben.

FPÖ

**Die FPÖ besteht auf „Augenmaß“ bei der Energiewende und will fossile Energien als Teil des Mix beibehalten.** Versorgungssicherheit möchte die FPÖ laut dem Wahlprogramm durch die Fortführung der Importe von russischem Gas gewährleisten.

DIE GRÜNEN  
ÖSTERREICH

**Die Grünen möchten aus Öl und Gas aussteigen.** Um 2030 das Ziel von 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zu erreichen, sollen einerseits Erneuerbare weiter ausgebaut und gefördert werden, andererseits soll der Energieverbrauch sinken und die Effizienz priorisiert werden.

NEOS

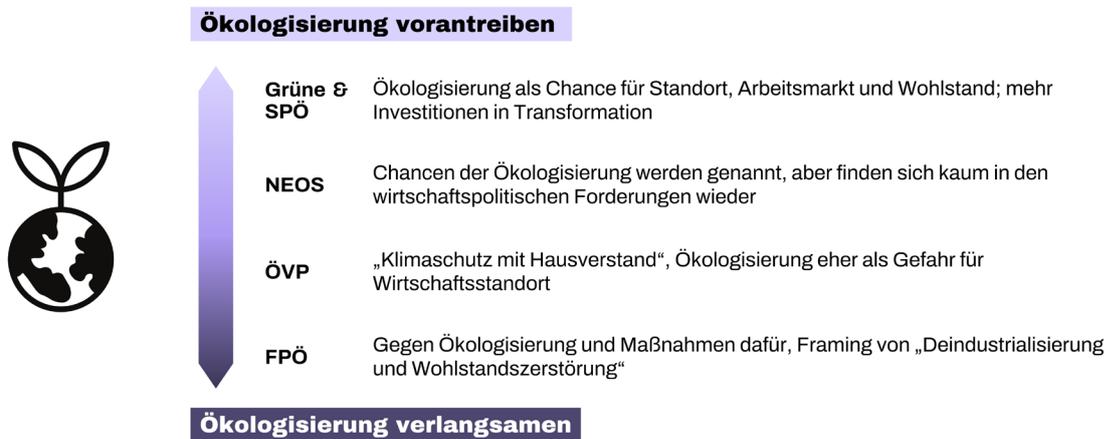
**Die NEOS fordern einen raschen Ausstieg aus fossilen Energieträgern, allen voran aus russischem Gas.** Im Wahlprogramm wird der Netzausbau und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren betont, jedoch ohne konkrete Ziele.

## Ökologisierung der Wirtschaft vorantreiben

Die globale Wirtschaft erfährt eine neue Welle der Ökologisierung. Erneuerbare Energien werden ausgebaut, die Elektrifizierung verschiedenster Prozesse in allen Sektoren schreitet voran (IEA, 2024; Pixier & Maringer, 2024). Die Gründe dafür sind vielfältig: Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern schafft Sicherheit, höhere Wettbewerbsfähigkeit und Effizienzsteigerung und senkt die Treibhausgasemissionen.

Das Potenzial der Ökologisierung für die Wirtschaft ist enorm: Durch Auf- und Ausbau von

Zukunftstechnologien, wie E-Mobilität, Wärmepumpen, Speichertechnologien und erneuerbare Energien werden Wirtschaftsleistung angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen (Guadagno et al., 2024; Vu et al., 2024). Diese Technologien sind zudem großteils marktreif und einsatzbereit. Das Priorisieren nicht marktreifer Technologien wie Carbon Capture and Storage (CCS), oder der Einsatz von E-Fuels oder Wasserstoff in Bereichen außerhalb der Industrie kann den Fortschritt der Energiewende jedoch verzögern (Frühwald et al., 2024). Technologieklarheit statt -offenheit ermöglicht deshalb Investitions- und Planungssicherheit, und eine Ökologisierung, die langfristig und effizient Wirtschaft und Arbeitsmarkt stärkt.



Quelle: Wahlprogramme, NEOS (n.d.), ORF (2024b)



**Die ÖVP sieht eine wirksame Ökologisierung als potenzielle Gefährdung für den Wirtschaftsstandort.** Sie fordert in ihrem Wahlprogramm stattdessen „Klimaschutz mit Hausverstand“, sowie Technologieoffenheit und einen Fokus auf Wasserstoff und CCS. Auch in einem [Interview](#) sieht Karl Nehammer Klimaschutz als Gefahr für den Standort.



**Die SPÖ stellt die Ökologisierung als Chance für Standort und Arbeitsmarkt dar.** In ihrem Wahlprogramm fordert sie dafür einen Transformationsfonds im Wert von 20 Mrd. Euro, geknüpft an soziale Kriterien. Wasserstoff soll in bestimmten Bereichen verwendet werden, CCS wird nicht erwähnt.



**Die FPÖ positioniert sich gegen die Ökologisierung der Wirtschaft.** Im Wahlprogramm spricht sie von „Deindustrialisierung und Wohlstandszerstörung“ durch Klimaschutz und den Europäischen Green Deal. CCS und Wasserstoff sollen zum Einsatz kommen.



**Die Grünen wollen die Ökologisierung vorantreiben und sehen darin Potenzial für Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand.** Durch höhere Investitionen sollen bestehende Industrien wie der Energiebereich oder die Zulieferindustrie in eine nachhaltige Zukunft geführt und Green Jobs geschaffen werden. Grüner Wasserstoff soll nur dort eingesetzt werden, wo er wirklich gebraucht wird; CCS wird nicht erwähnt.



**Die NEOS wollen laut Wahlprogramm Umwelt und Wirtschaft in der Energiewende verbinden, bleiben dabei aber unkonkret.** Das Potenzial der Ökologisierung für Wohlstand und Arbeitsmarkt steht nicht im Fokus der wirtschaftspolitischen Forderungen und Framings der Partei. In ihrem [Klimaantrag](#) wird Klimaneutralität jedoch als Wettbewerbschance genannt.

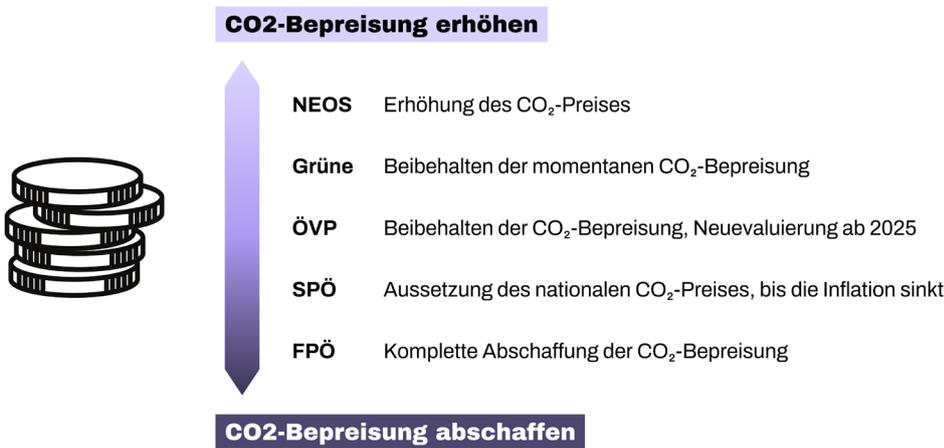
**CO<sub>2</sub>-Bepreisung fortführen**

Ziel der CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist es, gesellschaftliche Folgen, die durch den Ausstoß von Treibhausgasen entstehen, in den Kosten abzubilden. So werden Produkte und Dienstleistungen, die Emissionen erzeugen und damit die Klimakrise vorantreiben, teurer und klimafreundliche Alternativen am Markt attraktiver.

Eine zunehmende Anzahl empirischer Studien zeigt, dass CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein effektives Instrument zur Reduktion von Emissionen ist (Köppel & Schratzenstaller, 2023). Empfohlen wird, dass der Preis dabei mittelfristig stufenweise auf min-

destens 80 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> ansteigt, um die Klimakosten von CO<sub>2</sub> angemessen einzupreisen (Deutsches UBA, 2018). Das österreichische Umweltbundesamt rechnet damit, dass mit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung die umfassten Emissionen in Österreich im Jahr 2025 um 4,5 Prozent geringer ausfallen als ohne der Maßnahme.

In Österreich gilt momentan ein CO<sub>2</sub>-Preis von 45 Euro pro Tonne für Emissionen aus den meisten Sektoren, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen (Emissionszertifikatehandelsgesetz 2022).



Quelle: Wahlprogramme, Der Standard (2024), Die Presse (2024a), ORF (2024c), Puls 24, (2023)



**Die ÖVP steht zu der von ihr gemeinsam mit den Grünen eingeführten CO<sub>2</sub>-Bepreisung.** Während die CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Wahlprogramm nicht erwähnt wird, gibt ÖVP-Klimasprecher Johannes Schmuckenschlager dem *Standard* bekannt, dass der CO<sub>2</sub>-Preis 2025 wie geplant erhöht werden soll. Danach wolle die ÖVP das System jedoch neu evaluieren.



**Die SPÖ möchte den nationalen CO<sub>2</sub>-Preis aufgrund der Inflation aussetzen.** Auch im SPÖ-Wahlprogramm findet die CO<sub>2</sub>-Bepreisung keinen Platz. 2021 befürwortete die Partei eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, nun stellt Bundesparteivorsitzender Andreas Babler jedoch die *Lenkungswirkung* in Frage und fordert eine *Pausierung* der Bepreisung bis die Inflation sinkt.



**Die FPÖ will die CO<sub>2</sub>-Bepreisung abschaffen.** In ihrem Wahlprogramm kritisiert die FPÖ die CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit dem Klimabonus als „sinnentleerte Umverteilung“ und „Umerziehungssteuer“.



**Die Grünen befürworten die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in ihrer momentanen Form.** In ihrem Wahlprogramm wird die Ökosoziale Steuerreform mit dem Klimabonus als wichtigen Schritt für die Transformation angesehen.

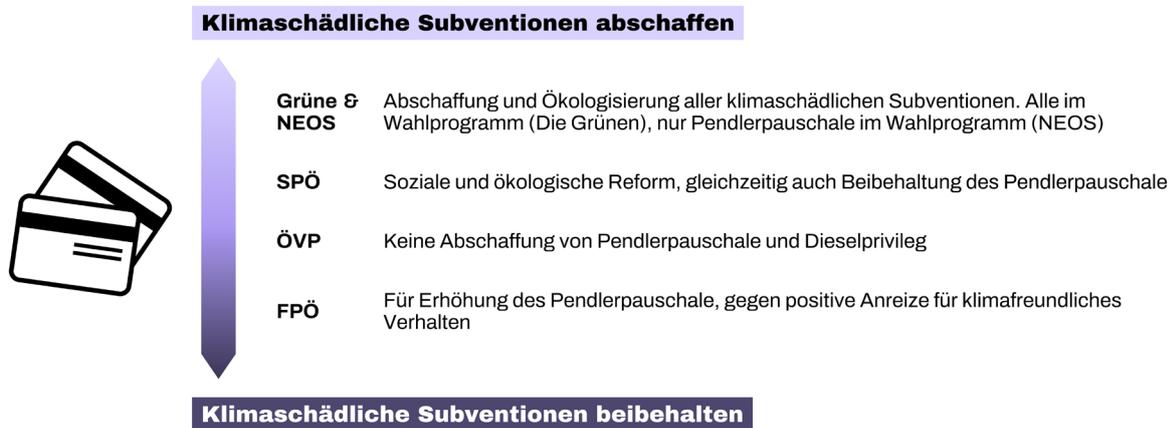


**Die NEOS setzen sich für eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein.** Im Wahlprogramm fordern sie einen „vernünftigen Preis“ für CO<sub>2</sub>, Klimasprecher Michael Bernhard erklärt, dass sich dieser an Empfehlungen von klimapolitischer Expert:innen orientieren und im Idealfall stufenweise auf 350 Euro pro Tonne ansteigen soll.

## Klimaschädliche Subventionen abschaffen

Pro Jahr fließen in Österreich 4,1 bis 5,7 Milliarden Euro staatliche Mittel in Anreize und Förderungen von klimaschädigenden Produkten und Verhalten (Kletzan-Slamanig et al., 2022). Dadurch werden die Treibhausgasemissionen erhöht, der Ausbau erneuerbarer Energie verzögert und die Energieeffizienz reduziert. Beispiele für klimaschädigende Subventionen sind die Mineralölsteuervergünstigung für Diesel („Dieselprivileg“), die Verpflichtung zur Errichtung von Stellplätzen, die Steuerbefreiung fossiler Energieträger/Elektrizität für Energieerzeugungsunternehmen („Herstellerprivileg“) oder das Pendlerpauschale.

Diese Förderungen haben nicht nur negative Folgen für Klima und Umwelt, sondern belasten auch das Budget. Neben direkten Kosten entstehen auch Kosten für Klimawandelanpassung und klimakrisenbedingte Schäden (Köppl & Schratzenstaller, 2024). Eine Abschaffung bzw. Ökologisierung der Subventionen ist aus wissenschaftlicher Perspektive notwendig (Climate Change Centre Austria (CCCA), 2023; Kletzan-Slamanig et al., 2022). Österreich hat sich im Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) auch dazu verpflichtet (BMK, 2024).



Quelle: Wahlprogramme, ORF (2024a), Der Standard (2024a), Nationalrat (2023), NEOS (2024)



**Die ÖVP ist gegen die Abschaffung von Dieselprivileg und Pendlerpauschale.** Im Wahlprogramm werden klimaschädliche Förderungen gar nicht behandelt, im [ORF-Sommorgespräch 2024](#) betont Karl Nehammer die Beibehaltung in derzeitiger Form.



**Die SPÖ ist für eine soziale und ökologische Reform der Subventionen, in [Niederösterreich](#) jedoch für die Beibehaltung des Pendlerpauschale.** Im Wahlprogramm werden klimaschädliche Subventionen nicht behandelt, im [Nationalrat](#) forderte die SPÖ u. a. Initiativen zum Abbau der Subventionen und deren Umwandlung in sozial verträglichen Klimaschutz.



**Die FPÖ will eine Erhöhung des Pendlerpauschale und ist gegen positive Anreize für klimafreundlichen Individualverkehr (z. B. [Steuervorteile für Elektroautos](#)).** Andere klimakontraproduktive Subventionen werden im Wahlprogramm nicht thematisiert.



**Die Grünen fordern als einzige Partei die Abschaffung aller klimaschädlicher Subventionen [dezidiert im Wahlprogramm](#).** Das Pendlerpauschale soll dabei ökologisiert und das dadurch realisierte Geld für die Energiewende verwendet werden.



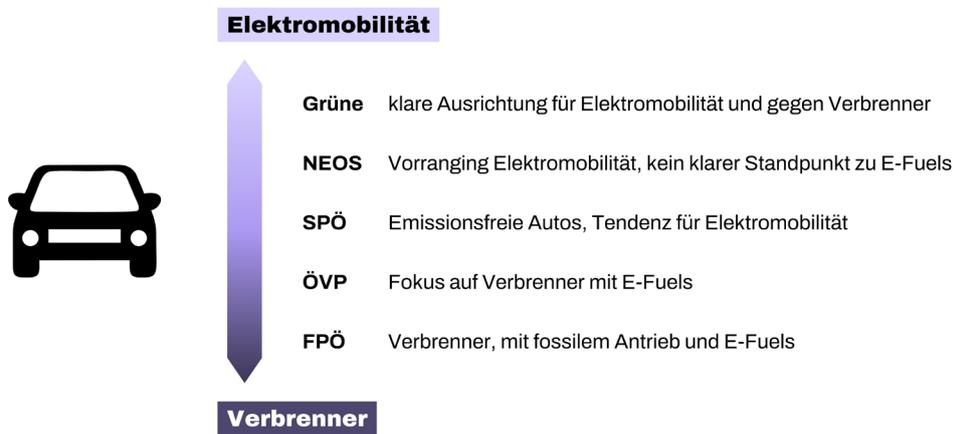
**Die NEOS fordern eine Abschaffung oder Ökologisierung klimaschädlicher Subventionen und Förderungen.** Das geht aus ihrem [Klimaantrag](#), nicht jedoch aus dem Wahlprogramm hervor. [Dezidiert](#) genannt wird im Wahlprogramm nur eine schrittweise Abschaffung des Pendlerpauschale.

**Elektromobilität vorrangig ausbauen**

Neben dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs – zu dem sich zumindest in den Wahlprogrammen alle Parteien bekennen – und der Dekarbonisierung des Güterverkehrs ist die Umstellung auf emissionsarme Fahrzeuge zentral für die Emissionsreduktion im Verkehrssektor. Verbrennungsfahrzeuge, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, sind aufgrund der hohen Treibhausgasemissionen mit einer nachhaltigen Zukunft unvereinbar.

Ab 2035 sollen in der EU deshalb ausschließlich emissionsfreie Neuwagen zugelassen werden.

Erlaubt bleiben neben Elektroautos auch Verbrenner mit E-Fuels, die jedoch im Individualverkehr deutlich ineffizienter sind. Während mit E-Fuels nur rund 14 Prozent der zugeführten Energie zum Fahren genutzt werden kann, sind es bei Elektroautos mehr als 80 Prozent (VCÖ, 2023). Expert:innen empfehlen daher deren Einsatz ausschließlich in Bereichen mit kaum Alternativen, wie der chemischen Industrie (Wietschel, et al., 2023). Um Unternehmen und Bürger:innen Planungs- und Investitionssicherheit zu bieten, ist eine klare politische Ausrichtung auf die effizientere Elektromobilität im Individualverkehr notwendig (Agora Verkehrswende, 2020).



Quelle: Wahlprogramme, FPÖ (2024), Der Standard (2024)



**Die ÖVP setzen sich insbesondere für „grüne Verbrenner“ ein.** Neben Verbrennern mit E-Fuels werden im Wahlprogramm auch konventionelle Verbrenner und Hybridfahrzeuge als Autos der Zukunft beschrieben, für die mit 20 Milliarden Euro neue Straßenbauprojekte finanziert werden sollen.



**Die SPÖ spricht sich grundsätzlich für emissionsfreie Autos aus.** Im Wahlprogramm beschränkt die SPÖ ihre Position auf den öffentlichen Verkehr. Während von einigen **Parteimitgliedern** E-Fuels wegen der geringen Effizienz im Individualverkehr abgelehnt werden, gibt es keinen klaren Standpunkt dazu von der Partei.



**Die FPÖ möchte Verbrennerautos beibehalten und E-Fuels fördern.** Im Wahlprogramm kritisiert die FPÖ die EU-Regelung zu emissionsfreien Neuwagen und positioniert sich gegen eine klare Ausrichtung hinsichtlich Antriebstechnologien.



**Die Grünen fordern eine klare Bevorzugung von Elektromobilität gegenüber E-Fuels.** Aufgrund der Ineffizienz und hohen Preisen sollen E-Fuels nur dort eingesetzt werden, wo andere Antriebe nicht möglich sind, heißt es im Wahlprogramm. Elektromobilität soll gefördert und E-Tankstellen nicht rechtlich benachteiligt werden.



**Die NEOS befürworten den Übergang zu emissionsfreien Autos, wobei der Fokus auf Elektromobilität gesetzt wird.** Im Wahlprogramm fordert die Partei den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Zum Einsatzbereich von E-Fuels gibt es keine klare Parteilinie, sondern divergierende **Standpunkte**.

### 3. Klimapolitik in verschiedenen Koalitionsvarianten

#### FPÖ-ÖVP

Bei einer Koalition der FPÖ mit der ÖVP wären verbindliche Ziele zu Österreichs Klimaneutralität höchst unwahrscheinlich, da sich weder FPÖ noch ÖVP zu verpflichtenden nationalen Emissionspfaden bekennt. Erneuerbare Energien würden voraussichtlich ausgebaut werden, jedoch ohne hohe Priorität. Sowohl die FPÖ als auch die ÖVP möchten Öl und russisches Gas auf unbestimmte Zeit weiterhin importieren. Somit wird die Ökologisierung auch nicht als wirtschaftliche Chance genutzt. Während die ÖVP hauptsächlich in Technologien wie Wasserstoff und Carbon Capture and Storage (CCS) wirtschaftliches Potenzial sieht, spricht die FPÖ sogar von einer möglichen „Deindustrialisierung“, statt die die Vorteile für den Wirtschaftsstandorts in den Vordergrund zu stellen. Ob die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung und der dazugehörige Klimabonus weitergeführt werden würden, ist unklar. Da die ÖVP eine Reevaluierung nach 2025 plant und die FPÖ gegen jede Art von CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist, wäre eine Änderung oder Abschaffung denkbar. Die klimaschädlichen Subventionen, deren Ökologisierung im Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) angekündigt wurde, würden, nach den momentanen Aussagen der beiden Parteien zu schließen, großteils bestehen bleiben oder potenziell sogar erhöht werden. Auch bei Elektromobilität, bei der sich Österreich laut dem NEKP als Vorreiter positionieren möchte, würde eine FPÖ-ÖVP-Regierung voraussichtlich einen Gang zurückschalten. Beide Parteien möchten Verbrennerautos und E-Fuels weiter fördern.

#### ÖVP-SPÖ

Bei einer ÖVP-SPÖ-Koalition könnten durch das Bestreben der SPÖ gesetzliche Verpflichtungen in Richtung Klimaneutralität eingeführt werden. Während der komplette Ausstieg aus fossilen Energien unwahrscheinlich wäre, ist doch zu erwarten, dass es größere Anstrengungen zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien geben würde als bei einer Koalition mit der FPÖ, da sowohl ÖVP als auch

SPÖ sich das Ziel gesetzt haben, 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen. Der von der SPÖ anvisierte Transformationsfonds könnte umgesetzt werden, um die Ökologisierung der Industrie voranzutreiben. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird weder SPÖ noch der ÖVP per se abgelehnt; da jedoch die SPÖ auf Grund der Inflation den Mechanismus aussetzen möchte und die ÖVP auch eine neue Evaluierung anpeilt, könnte es hierbei zu Änderungen kommen. Unklar ist, wie die Ökologisierung der klimaschädlichen Subventionen verlaufen würde. Voraussichtlich würde sich durch den geringen Fokus der SPÖ darauf, der Standpunkt der ÖVP bezüglich Pendlerpauschale und Dieselparadox durchsetzen. Ähnlich könnte man bei der Frage rund um Elektromobilität zu keiner klaren Priorisierung kommen. Möglich wäre, dass die Koalition den Ausbau der Ladeinfrastruktur priorisiert.

#### ÖVP-SPÖ-Neos

Bei den möglichen Dreierkoalitionen bleibt bei den divergierenden Positionen noch mehr Ungewissheit, welche Maßnahmen letztendlich umgesetzt würden. Da die SPÖ und die NEOS zusammen voraussichtlich ein größeres politisches Gewicht als die ÖVP hätten, ist jedenfalls zu erwarten, dass gemeinsame Standpunkte der SPÖ und der NEOS eher durchgesetzt werden als in einer ÖVP-SPÖ-Koalition, in der die ÖVP vermutlich der größere Koalitionspartner wäre. Somit würden ambitioniertere Maßnahmen für die Energiewende sowie den Netzausbau mit größerer Wahrscheinlichkeit umgesetzt werden. Zudem wäre es wahrscheinlicher, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung weitergeführt werden würde, da dies eine Priorität der NEOS ist.

#### ÖVP-SPÖ-Grüne

In einer Koalition aus ÖVP, SPÖ und den Grünen, hätten die Grünen das geringste politische Gewicht. Da ihre Positionen in den analysierten Themenfeldern denjenigen der NEOS ähneln, ist zu erwarten, dass die prognostizierten politischen Maßnahmen weitgehend denen einer ÖVP-SPÖ-NEOS-Koalition entsprechen würden. Wie in der Einleitung erwähnt, hat das Wahlprogramm der Grünen jedoch einen deutlich stärkeren Fokus

auf Klimaschutz und Klimapolitik als jenes der NEOS und die Grünen setzen darauf auch im Wahlkampf. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass in einer ÖVP-SPÖ-Grünen-Regierung Maßnahmen in diesem Bereich mehr Raum einnehmen würden. Unter den untersuchten Maßnahmen sticht im direkten Vergleich zudem heraus, dass die Grünen eine Wohlstandssteigerung durch eine wirksame Ökologisierung der Wirtschaft betonen. Möglicherweise gäbe es durch den klimapolitischen Schwerpunkt der Grünen in dieser Regierungsvariante außerdem einen Fokus auf den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Elektrifizierung – gerade auch in der Industrie. Zudem würden sich die Grünen voraussichtlich stärker als die NEOS gegen weitere Förderungen von E-Fuels einsetzen. Dadurch könnte die Verkehrswende in der Koalition effizienter ablaufen.

### Klimapolitik in verschiedenen Koalitionsvarianten

|   | FPÖ & ÖVP | ÖVP & SPÖ | ÖVP & SPÖ & NEOS | ÖVP & SPÖ & Grüne |
|---|-----------|-----------|------------------|-------------------|
| Klimaneutralität bis 2040 verbindlich festlegen | ✗         | ⊂         | ⊂                | ⊂                 |
| Von fossiler auf erneuerbare Energie umsteigen  | ✗         | ⊂         | ✓                | ✓                 |
| Ökologisierung der Wirtschaft vorantreiben      | ✗         | ⊂         | ⊂                | ✓                 |
| CO <sub>2</sub> -Bepreisung fortführen          | ✗         | ✓         | ✓                | ✓                 |
| Klimaschädliche Subventionen abschaffen         | ✗         | ✗         | ⊂                | ⊂                 |
| Elektromobilität vorrangig ausbauen             | ✗         | ⊂         | ⊂                | ⊂                 |

**Anmerkung:** Eigene Darstellung. Bei den Bewertungen in der Tabelle handelt es sich um Einschätzungen darüber, ob die jeweilige Koalition die ausgewählten Maßnahmen voraussichtlich umsetzen würde, falls sie die kommende Regierung bildet. Die Einschätzungen basieren auf den Wahlprogrammen zur Nationalratswahl 2024, sowie auf anderen öffentlichen Aussagen der Parteien und ihrer Mitglieder zu den jeweiligen Themen. Berücksichtigt wurde dabei auch die politische Gewichtung in der möglichen Regierungskonstellation, basierend auf aktuellen Umfragedaten. Nicht berücksichtigt wurden etwaige strategische Überlegungen oder taktische Verhandlungen innerhalb der Koalitionen.

- ✓ voraussichtlich umgesetzt
- ⊂ nur teilweise umgesetzt oder unklar
- ✗ voraussichtlich nicht umgesetzt

## 4. Fazit

Die Analyse der klimapolitischen Positionen der derzeit im Nationalrat vertretenen Parteien zeigt deutliche Unterschiede, die sich auch in den kommenden Regierungsverhandlungen niederschlagen werden. Für die möglichen Regierungsprogramme, die daraus entstehen, ergeben sich teils Chancen, teils große klimapolitische Hürden. Aus der Positionierung der jeweiligen Parteien geschlossen, bieten unter den untersuchten Konstellationen besonders die möglichen Dreierkoalitionen zwischen ÖVP-SPÖ-NEOS/Grüne Potenzial für die notwendigen Weichenstellungen für eine Ökologisierung der Wirtschaft und Gesellschaft. Das liegt daran, dass sich vor allem SPÖ und NEOS bzw. SPÖ und Grüne in vielen Themenfeldern ergänzen könnten. Bei einer FPÖ-ÖVP-Koalition scheint hingegen in den analysierten Themenfeldern ein Stillstand oder Rückschritt in der Klimapolitik wahrscheinlich.

Während die Analyse eine Indikation der klimapolitischen Standpunkte gibt, ist es wichtig, folgende Punkte zu beachten:

- Erstens, die sechs untersuchten Themenfelder decken nur einige wichtige Aspekte der Klimawende ab. Weitere Themen wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen, Renaturierung, Bodenschutz und Klimawandelanpassung sind ebenfalls entscheidend. Für ein vollständiges Bild gilt es, die gesamte klimapolitische Linie der Parteien, sowie die Wirksamkeit der Kombination ihrer vorgeschlagenen Politikmaßnahmen zu beurteilen.
- Zweitens, die kategorische Bewertung der Maßnahmen pro Partei und Koalition soll lediglich einen einfachen Überblick schaffen. Berücksichtigt wurde dabei die politische Gewichtung basierend auf aktuellen Umfragen, jedoch keine strategischen Überlegungen oder taktische Verhandlungen. Dabei ist zu betonen, dass diese Themen nicht gegeneinander abgewogen werden können, da sie eng miteinander verknüpft sind.
- Drittens hängen die tatsächlichen politischen Einigungen stark von den Dynamiken der Koalitionsverhandlungen und anderen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ab. Diese Dynamiken bestimmen letztlich, ob die angestrebten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden können und in welchem Ausmaß ambitionierte Klimaziele verfolgt werden.

Trotz dieser Einschränkungen lassen sich in der Analyse klare Tendenzen erkennen, die in den kommenden fünf Jahren entscheidend sein werden. Bis 2030 stehen wesentliche Klimaziele auf dem Spiel – nicht nur für Österreich, sondern auch für die internationale Gemeinschaft. Werden die notwendigen Maßnahmen dafür nicht ergriffen, ist Österreich nicht nur verpflichtet, Strafzahlungen zu leisten, sondern trägt dazu bei, dass die Folgen der Klimakrise immer drastischer und möglicherweise irreversible Kippunkte überschritten werden, die ihrerseits die Klimakrise weiter anheizen (Lenton et al., 2023). Gelingt es jedoch, die erforderlichen politischen Maßnahmen umzusetzen, birgt das enorme Chancen – nicht nur für unsere Umwelt, sondern auch für Gesundheit, Wirtschaft und Sicherheit.

## Literaturverzeichnis

- BMK, 2024. (2024). Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich. Periode 2021-2030. [https://www.bmk.gv.at/themen/klima\\_umwelt/klimaschutz/nat\\_klimapolitik/energie\\_klimaplan.html](https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/energie_klimaplan.html)
- Bundeskanzleramt. (2020). Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024. [https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm\\_2020.pdf](https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2020.pdf)
- Climate Change Centre Austria (CCCA). (2023). Pressemitteilung: Österreich ist noch immer säumig: 'Morgen ist zu spät'. <https://ccca.ac.at/news/detail/oesterreich-ist-noch-immer-saeumig-morgen-ist-zu-spaet>
- Das, S., Quayyum, S., & Bayoumi, T. (2021). Growth at Risk from Natural Disasters. IMF Working Papers, 2021(234), 1. <https://doi.org/10.5089/9781513597652.001>
- Der Standard. (2024a). Schwarz-Blau und SPÖ in Niederösterreich befürchten Abschaffung der Pendlerpauschale. <https://www.derstandard.at/story/3000000208406/schwarz-blau-und-spo-e-in-nieder-oesterreich-befuerchten-abschaffung-der-pendlerpauschale>
- Der Standard. (2024b, March 24). Neos wollen Verachtfachung des CO<sub>2</sub>-Preises und zugleich Steuern senken. Geht das gut? Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/3000000212876/neos-wollen-verachtfachung-des-co2-preises-und-zugleich-steuern-senken-geht-das-gut>
- Der Standard. (2024c, May 17). Gegen Tanktourismus: ÖVP will Spritpreise erhöhen und mit Pendlerpauschale ausgleichen. <https://www.derstandard.at/story/3000000220553/gegen-tanktourismus-oevp-will-spritpreise-erhoehen-und-mit-pendlerpauschale-ausgleichen>
- Deutsches UBA. (2018). Alternative Finanzierungsoptionen für erneuerbare Energien im Kontext des Klimaschutzes und ihrer zunehmenden Bedeutung über den Stromsektor hinaus. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/alternative-finanzierungsoptionen-fuer-erneuerbare>
- Die Presse. (2024a). CO<sub>2</sub>-Bepreisung: Wer will was? <https://www.diepresse.com/6032855/co2-bepreisung-wer-will-was>
- Die Presse. (2024b). Wöginger: „Haben so viel gemacht, dass die Menschen es nicht fassen können“. <https://www.diepresse.com/17923062/woeinger-haben-so-viel-gemacht-dass-die-menschen-es-nicht-fassen-koennen>

(2024). Gut zu wissen über Erneuerbare Energie. Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK). <https://energie.gv.at/erneuerbare-energie/gut-zu-wissen-ueber-erneuerbare-energie>

Europäische Kommission. (2024). Maßnahmen der EU gegen den Klimawandel. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/climate-change/>

Forman, C., Muritala, I. K., Pardemann, R., & Meyer, B. (2016). Estimating the global waste heat potential. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 57, 1568–1579. <https://doi.org/10.1016/j.rser.2015.12.192>

FPÖ. (2024). Zerstörungsfeldzug der EU-Kommission gegen Europas Autoindustrie geht weiter! <https://www.fpoe.at/artikel/zerstoerungsfeldzug-der-eu-kommission-gegen-europas-autoindustrie-geht-weiter/>

Frühwald, J., Maringer, F., Rogenhofer, K., Wendelin, W., & Pixner, A. (2024). [Kon]klusio: Technologieklarheit als Schlüssel zu einer wirksamen Klimapolitik. Trugbilder erkennen – am Beispiel von Verbrennermotor- und Heizdebatte. KONTEXT – Institut für Klimafragen. [https://kontext-institut.at/uploads/202403\\_KONKLUSIO\\_Technologieklaerheit-als-Schluessel-zu-einer-wirksamen-Klimapolitik.pdf](https://kontext-institut.at/uploads/202403_KONKLUSIO_Technologieklaerheit-als-Schluessel-zu-einer-wirksamen-Klimapolitik.pdf)

GeoSphere. (2024, August 29). Einer der wärmsten Sommer der Messgeschichte. <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/news/einer-der-waermsten-sommer-der-messgeschichte-1>

Guadagno, F., Reiter, O., & Stehrer, O. (2024). The Impact of Green Technologies on GDP and Employment in the EU.

HV. (2024, September). Die Welt brennt durch den Klimawandel, auch in Österreich. Österreichische Hagelversicherung VVaG. <https://www.hagel.at/presseaussendungen/welt-brennt-klimawandel-oesterreich/>

IEA. (2024). Energy Statistics Data [Dataset].

Intergovernmental Panel On Climate Change (Ippc). (2023). *Climate Change 2021 – The Physical Science Basis: Working Group I Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (1st ed.)*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009157896>

International Energy Agency. (2023). *Net Zero Roadmap A Global Pathway to Keep the 1.5 °C Goal in Reach*. [https://iea.blob.core.windows.net/assets/9a698da4-4002-4e53-8ef3-631d8971bf84/NetZeroRoadmap\\_AGlobalPathwaytoKeepthe1.5CGoalinReach-2023Update.pdf](https://iea.blob.core.windows.net/assets/9a698da4-4002-4e53-8ef3-631d8971bf84/NetZeroRoadmap_AGlobalPathwaytoKeepthe1.5CGoalinReach-2023Update.pdf)

Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Sinabell, F., Kirchmayr, S., Müller, S., Rimböck, A., Voit, T., Heher, M., & Schanda, R. (2022). Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Köppl, A., & Schratzenstaller, M. (2023). Carbon taxation: A review of the empirical literature. *Journal of Economic Surveys*, 37(4), 1353–1388. <https://doi.org/10.1111/joes.12531>

Köppl, A., & Schratzenstaller, M. (2024). Policy Brief: Budgetäre Kosten und Risiken durch klimapolitisches Nichthandeln und Klimarisiken. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). [https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-3578/s\\_2024\\_budgetkosten\\_klimarisiken\\_70821\\_.pdf](https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-3578/s_2024_budgetkosten_klimarisiken_70821_.pdf)

Lenton, T. M., Armstrong McKay, D. I., Loriani, J. F., & ... (2023). The Global Tipping Points Report 2023. <https://report-2023.global-tipping-points.org/>

Nationalrat. (2023). [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/202/A\\_-\\_21\\_17\\_19\\_00291455.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/202/A_-_21_17_19_00291455.html)

NEOS. (2024). Neustart lebenswertes Klima—Konsequent, wirksam, innovativ. [https://www.neos.eu/\\_Resources/Persistent/3e48f6cc0d4359c5286c5b3841d5f6e36dd5a38e/NEOS\\_Klima-antrag\\_A4.pdf](https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/3e48f6cc0d4359c5286c5b3841d5f6e36dd5a38e/NEOS_Klima-antrag_A4.pdf)

ORF. (2022). ORF-Sommergespräch mit Karl Nehammer. <https://www.youtube.com/watch?v=ytvM1PwjFIQ>

ORF. (2024a). ORF Sommergespräch mit Karl Nehammer. <https://www.youtube.com/watch?v=s6aLfgarHwo>

ORF. (2024b). Russisches Gas: ÖVP-Kritik an grünem Gesetz. <https://orf.at/stories/3354936/>

ORF. (2024c, September 3). Klimaschutz im Programmcheck. ORF. <https://orf.at/nrwahl24/stories/3368010/>

ÖVP. (2015). Grundsatzprogramm 2015 der Österreichischen Volkspartei. Die Volkspartei. [https://www.dievolkspartei.at/Files/Grundsatzprogramm\\_dieVolkspartei.pdf](https://www.dievolkspartei.at/Files/Grundsatzprogramm_dieVolkspartei.pdf)

Pixer, A., & Maringer, F. (2024). [KON]KLUSIO #3: Die nächste Industrielle Revolution: Ökologisierung als Chance für Europa nutzen. KONTEXT – Institut für Klimafragen. [https://kontext-institut.at/uploads/Dateien/202405\\_KONTEXT\\_Konklusio\\_Oekologisierung\\_Die-naechste-Industrielle-Revolution.pdf](https://kontext-institut.at/uploads/Dateien/202405_KONTEXT_Konklusio_Oekologisierung_Die-naechste-Industrielle-Revolution.pdf)

- Puls 24. (2023). Wer Nehammer zu seiner Klimakrise-Verharmlosung inspiriert hat. <https://www.puls24.at/news/wirtschaft/michael-shellenberger-wo-nehammer-seinen-untergangsirr-sager-her-hat/291737>
- SPÖ. (2023). SPÖ-Herr: „Öffi-Offensive statt Verbrenner-Nostalgie!“. OTS. [https://www.ots.at/presse-aussendung/OTS\\_20230418\\_OTS0171/spoe-herr-oeffi-offensive-statt-verbrenner-nostalgie](https://www.ots.at/presse-aussendung/OTS_20230418_OTS0171/spoe-herr-oeffi-offensive-statt-verbrenner-nostalgie)
- SPÖ. (2024). Kampf gegen die Erderhitzung, für gerechte Lebensbedingungen. <https://www.spoe.at/klimaschutz/>
- Umweltbundesamt. (2023). Klimaschutzbericht 2023. Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0871.pdf>
- Umweltbundesamt. (2024). Klimaschutzbericht 2024. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0913.pdf>
- VCÖ. (2023). Energie im Verkehr zielgerichtet einsetzen. <https://vcoe.at/themen/energiewende-im-verkehr-voranbringen/energie-im-verkehr-zielgerichtet-einsetzen>
- Vu, A., Simó, M., & Hidi, J. (2024). Macroeconomic impacts of increased decarbonisation and green industrial policies in the European Union. Cambridge Econometrics. [www.kontext-institut.at/uploads/202407\\_KONTEXT\\_CambridgeEconometrics\\_Study\\_green-industrial-policies-EU](http://www.kontext-institut.at/uploads/202407_KONTEXT_CambridgeEconometrics_Study_green-industrial-policies-EU)
- Wietschel, M., Plötz, P., Dütschke, E., Neuner, F., Tröger, J., & Gnann, T. (2023). Eine kritische Diskussion der beschlossenen Maßnahmen zur E-Fuel-Förderung im Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung der Bundesregierung vom 28.3.2023. Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung.
- WKO. (2024). Energie: Zentrale Gesetze weiterhin ausständig. <https://www.wko.at/ktn/industrie/energie--zentrale-gesetze-weiterhin-ausstaendig>

### **Autor:innen**

Johanna Roniger

Anna Pixier

### **Zitierhinweis:**

Roniger, J., Pixier, A. (2024).

[KON]KLUSIO #7: Die letzte Regierung vor 2030:

Koalitionen im Klimacheck

In: KONTEXT – Institut für Klimafragen.



### **Kontaktinformationen:**

Liechtensteinstraße 55/8

1090 Wien

**Homepage:** <https://kontext-institut.at>

**Email:** [info@kontext-institut.at](mailto:info@kontext-institut.at)